

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.

Allen Abbestellern: bei Erfüllung des Bestells durch andere Personen in
Geld mit dem Bunde außerhalb Deutschlands; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit an den Sonntagen ausserorts
— Die Redaktion unter Originalen ist nur mit deutscher Correspondenz
— Die Redaktion übernimmt nur keine Verantwortlichkeit

Wöchentliche Gratisbeilagen:

8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für Werbung und
Umgebung 10 Pf. kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtsige pro
20 Pf. in Reklametext 40 Pf. Der kleinste Reklametext 25 Pf. für
Schilde für Anzeigenblätter nach Vereinbarung. Für Anzeigenblätter und
besondere Berechnung, nach Anweisung mit Belegzettel. Erfüllungsort: Merseburg.
Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Kategorien mit an Tage vorher, Reklametext
Anzeigen bis 10 Uhr, Reklametext bis 10 Uhr vor Mittag.

Nr 49

Donnerstag den 27. Februar 1913.

39. Jahrg.

Gewerbepolitik und fortschrittliche Volkspartei.

Bei der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung bietet sich im preussischen Abgeordnetenhaus alljährlich die Gelegenheit, die Fragen der Gewerbe- und Handelspolitik eingehender zu besprechen. Diesem die dem Recht machen die Konventionen und das Zentrum ausgehenden Gebrauchs, indem erstere gewerbetätigen und Kennzeichnungsarbeiten, den Abg. Hammer, vor ihm, der seine aus engherziger Zufriedenheit Warenhandelsmacht und Sozialistenverachtung noch festsitzte Rede an den Mann bringt; und auch das Zentrum bietet sich, in den Reihen Euler und Genoff in die gewerbliche Reaktion zu Wort kommen zu lassen.

Selbstverständlich hat auch die fortschrittliche Volkspartei ein lebhaftes Interesse daran, bei diesem Etat ihre gewerbepolitischen Anschauungen und Reformwünsche zu entwickeln und dem Hause, sowie dem Lande erneut zu zeigen, wie falsch und falsch das konservativ-bürokratische Gebilde der „Handwerkerverständlichkeit“ der Fortschrittspartei ist. Leider hielt es in diesem Jahre die Rechte für nötig, noch verhältnismäßig noch kurzer D. hatte das Handwerksblatt über die Beratung herüberdauern zu lassen und einen Schlussatz anzunehmen, obwohl außer anderen Rednern von fortschrittlicher Seite noch ein wichtiger Handwerker, der Abg. Wankel, und außerdem der in den gewerbepolitischen Fragen besonders bewanderte Abg. Dr. Muehlen als Redner vorangekommen waren. Dieser Vortrag des Abg. Wankel war durch die Stellung für die Aufhebung der Rechte, die bei der Staatverwaltung und sonstigen Verwaltungsgegenständen nicht lange genug beherrschten kann, bei Handel und Gewerbe aber ihre rechtlichen Bedürfnisse in großen und ganzen übersehen sieht nach den oberflächlichen Ergebnissen eines Hammer und ähnlicher Sachverständiger.

Zunächst hatte der Abg. Rosenow Gelegenheit gefunden, die Wünsche und Bedenken der fortschrittlichen Volkspartei bei der Beratung zu entwickeln. Seine Rede ist wohl geeignet, ein Bild zu geben von den praktischen und positiven Forderungen, die die fortschrittliche Volkspartei auf dem gewerbepolitischen Gebiete hegt. Wenn er den Handwerksfragen nur tropfen Räum in seiner Rede widmete, so rührte das daher, daß der Abg. Wankel nicht vorzuziehen wollte, der speziell die Handwerksfragen vom liberalen Standpunkt aus zu betrachten beabsichtigt, daran aber durch den Schluß der Debatte verhindert wurde.

Rosenow konstatierte die Aufwärtsentwicklung von Handel und Wandel und die Erweiterung der Absatzgebiete, gleichzeitig aber beklagte er, daß die errichteten Preise nicht im richtigen Verhältnis mehr zu den Selbstkosten der Herstellung stehen. Dem Kaufmanns- und Gewerbestand wird eben die tägliche Arbeit erschwert durch die Wirtschaftsordnung, wie sie durch die Zollgesetzgebung eingeführt worden ist. „Diese Schranken schlagen“, so sagte Rosenow in einem etwas lässigen Bilde, aber sachlich durchaus richtig, „nicht nur den Konsumenten, der Industrie, dem Handel und Gewerbe, sondern auch dem Handwerk schwere Wunden.“ Mit Recht verlangte Rosenow unter voller Würdigung der Landwirtschaft die Gleichberechtigung für Handel und Industrie, und er trat auch bei dieser Gelegenheit schon für den Abschluß neuer, vernünftiger Handelsverträge ein, wobei er zwar betonte, daß die jetzigen Zollverträge auf die Dauer nicht ertragen werden könnten; „Industrien wandern aus dem Vaterlande ins Ausland ab, weil sie nicht mehr leistungsfähig sind wegen der außerallfälligen eingeführten Zölle. Die Rohprodukte sind verteuert, Lebensmittel sind in einer geradezu unheimlichen Weise verteuert und erhöhen wiederum die Löhne unserer arbeitenden Bevölkerung und dadurch auch die Kaufkraft unserer Waren.“ Rosenow betonte die Notwendigkeit des Friedens mit inneren wie im äußeren, insbesondere auch gegenüber den Angehörigen; und er behauptete mit großer Objektivität, daß der deutsche Handelsstand einen Verlust gelitten habe über die Konventionen gegenüber den Angehörigen, der nicht von dem sozialen Empfinden zeugt, das die Arbeitgeber im kaufmännischen Gewerbe und in der Industrie haben sollten.

Dinsichtlich der Frage des Substitutionswesens äußerte sich Rosenow dahin, daß seine Forderung die Beteiligung der Handwerker nicht nur eine Substitution in kleineren Vollen vergeben werden sollten, die es dem Handwerker oder auch der zusammengefaßten Handwerker möglichst machen, zu liefern. In der Anzeigung, die Handelsvertretungen zu den Kosten der Ausbildung der Lehrlinge beim Handwerk beitragen zu lassen, sah der Redner einen guten Gedanken, hielt aber eine gesetzliche Festlegung für nicht möglich. Wenn dem Handwerk und dem Klein-gewerbe aber wirklich geholfen werden sollte, dann müsse die Hilfe von innen heraus kommen und dem jungen Mann vor allen Dingen eine tüchtige Fachbildung mit gegeben werden. Die Fortbildungsschule ist das beste Mittel zur Stärkung des Handwerks — freilich nicht in Verbindung mit Rekrutierung, den hernach der Zentralhandwerker Euler und später der Geistliche Dr. Kaufmann verlangten, der Minister aber und auch der Abg. Wankel entschieden zurückwies. Rosenow wünschte zur Förderung der Fortbildungsschulen Meister-ture Wanderausstellungen von Kleinmotoren; die Markierung der Handwerkskammern für die Befreiung des Borg u. a. m. hielt er für außerordentlich wichtig. Bezüglich der diesjährigen Aufhebung des § 100 der Gewerbeordnung glaubte Rosenow, daß das Handwerk sich damit sehr in die Hände fügen werde. Denn wenn die Befreiung erst von den Kommunen stattfinden soll, dann werde das Handwerk sich nicht zu fürchten, sondern gegenüber denjenigen, die nicht dem Innungszwang unterworfen sind, noch viel stärker sein. „Was ich, was der Redner der fortschrittlichen Volkspartei betonte, ging sehr zugunsten der Handwerker und Gewerbetreibenden hervor und das Bestreben seiner Partei, dem Mittelstand nicht mit unauffällbaren Besprechungen, sondern mit positiver Tätigkeit und mit tüchtiger gewerblicher Ausbildung des Nachwuchses zu helfen. Und dies dürfte der allein richtige Weg sein.“

Fortschrittliche Volkspartei und Jesuitengef.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Reichstagsabgeordneter G. o r t h e i n einen Artikel in der „Völkischen Zeitung“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Zur Frage des Jesuitengef. haben die Freirechtigen nie einheitlich Stellung genommen. Ein Teil von ihnen hat nicht nur in dem aufgehobenen § 2 (für Aufhebung des § 2 haben seinerzeit wohl alle Freirechtigen gestimmt), bei dem es ja zweifellos war, ein Ausnahmegericht erblickt, sondern auch in den Bestimmungen, welche Niederlassungen und Ordensaktivität der Jesuiten verbieten. Eine Minderheit der heutigen fortschrittlichen Volkspartei steht auch jetzt noch auf diesem Standpunkt. Die überwiegende Mehrheit sagt sich aber, daß das Verhältnis der Kirche zum Staat individuell geregelt ist, daß die ganze Kirchengesetzgebung außerhalb des allgemeinen Rechts steht und bei der historischen Entwicklung nicht nach in der allgemeinen rechtlichen Bestimmungen übergeführt werden kann. Von einem Ausnahmegericht könne daher hier sachlich nur insofern gesprochen werden, als die Jesuitenfrage ausnahmsweise von Rechts wegen, nicht einzelstaatlich, geordnet ist. Die verschiedenen Kirchen, ganz besonders aber die katholische, genießen so weitgehende gesetzliche Privilegien, einen so viel weitergehenden Schutz der Selbstgebung als alle Vereine oder als der einzelne Staatsbürger, daß, solange solche Ausnahmegerichte zugunsten der Kirchen bestehen, auch eine beschränkende Befugnis des Staates den Kirchen gegenüber geboten ist, die nur gleichzeitig mit den sie begünstigenden Privilegien ausgeübt werden kann. Der besondere Schutz, den die §§ 166 und 167 des Strafgesetzbuches den Kirchen gegen Verleumdungen auch ihrer „Einrichtungen und Gebäude“ gewährt, ist eines dieser Privilegien, das gerade der katholischen Kirche ganz besonders zugute kommt; denn bei ihr ist schließlich alles Einrichtung und Gebrauch. Auch die

Jesuiten sind eine Institution der katholischen Kirche, und nach Aufhebung des Jesuitengef. würde in jeder scharfen Kritik der Jesuiten ein Vergehen gegen diese Paragrafen gefaßt werden können, während die Reformation und die Persönlichkeiten der Motivatoren von den Jesuiten in jeder Weise beschimpft und verlästert werden können. Das ist kein Kampf mit gleichen Waffen, und deshalb ist die Fortschrittliche Volkspartei auch stets für die Beteiligung, mindestens aber für eine wesentliche Milderung dieser Ausnahmegericht-Paragrafen des Strafgesetzbuches eingetreten. Ein anderes Vorrecht der katholischen Kirche ist die Vereinerung der katholischen Geistlichen und Ordensangehörigen vom Dienst mit der Waffe. Während religiöse Gemeinschaften, die sich für gebunden halten, entsprechend dem Wort der Bibel „Du sollst nicht töten“ den Dienst mit der Waffe verweigern, in jeder Weise drangaliert werden, schiff man hier für die Geistlichen einer Kirche, die dieses Gebot nie als ein zwingendes anerkannt hat, ja, von dem man sagen kann, daß sie in geradezu furchtbarer Weise dagegen gefündigt hat, ein Ausnahmegericht. Solange die Kirche ein Ausnahmegericht zu ihren Gunsten fordert, solange sie verlangt, daß der Staat der Mittel der Kirche sei, kann der Staat auch nicht darauf verzichten, seinerseits sein Verhältnis zur Kirche in sie beschneidender Weise zu regeln.

Ueber die Vorläufe der Aldeutschen in der Nordmarkenfrage

Schreibt man uns aus Schleswig-Holstein: Eine eigenartige Einleitung für den deutschen Königsbesuch übernahm die Hamburger Drucksache des Aldeutschen Verbandes, auf deren Nordmarkenabend der Landgerichtsdirektor Dr. Hahn eine Rede hielt, die an Ausfällen gegen das offizielle Dänemark nicht gut überflüssig werden konnte. Zu derselben Zeit beschloß der Aldeutsche Verband in einer Resolution, alle Deutschen zur prinzipiellen Ablehnung Dänemarks aufzufordern! Um aber die mit der ganzen Aktion verfolgte Absicht keinen Zweifel zu lassen, veröffentlichten am Tage vor dem Einzuge der Gäste des deutschen Kaisers zwei große Berliner Blätter spaltenlange „Begrüßungs“-Artikel. Die bei Hofe gelese „Kreuzzeitung“ erwähnte zwar den Besuch nicht, um so nachdrücklicher tat dies aber die „Post“, die unter den üblichen Verdrängungen des norddeutschen Pressens ihren mehr als die Vorderseite füllenden Artikel mit der Bemerkung abbrückte, daß er ihr gerade „zur rechten Zeit“ zugegangen sei.

Die Feststellung dieser Glanzleistungen aldeutschen Tates, die gegen das durch sein Oberhaupt repräsentierte Nachbarvolk gerichtet waren, dürften in diesem Augenblick nicht sowohl die Gäste als vielmehr den Gastgeber verletzen; auf Einzelheiten der verworrenen Schreibererei der Firma Strackerjan-Schröder einzugehen, ist der Mühe nicht wert.

Nur eins: Den Artikeln schließt sich ein längeres Telegamm an, das die neueste Ausweisung eines Heimatlosen behandelt. Das ist auffallend; denn noch nie hatte Herr D. yander das Bedürfnis empfunden, der Welt mit solcher Eile von seinen Leistungen in der Heimatlospolitik Mitteilung zu machen. Der Grund dürfte wohl der sein, daß man jetzt einen Heimatlosen mit einem „Wakel“ gefunden hat; dieser Heimatlose, der Stallknecht Laugen in Hadersleben, der sich im Trauer verheiratet hatte und jetzt — d. h. nachdem am Tage vorher Ministerialdirektor Dewald in der Kommission herangezogen hatte, daß seit einem Jahre keine neuen Heimatlospolitiken hinzugekommen seien! — die Ausweisung erhalten hat, ist wegen Widerstandes gegen die Staatsgenossenschaft und öffentlicher Verleumdung mit einer Geldbuße von 25 Mk. bestraft worden — vor mehreren Jahren. Gegenüber dieser „grauenhaften“ Tatsache und der weiteren Behauptung, daß das politische und persönliche Verhalten Laugen's die Erteilung der Niederlassungserlaubnis ausgeschlossen habe, sei erwähnt, daß es deutsche Kreise in Hadersleben sind, die sich jetzt ins Mittel legen, um eine Aufhebung der Ausweisung

Gesangbücher

in grosser Auswahl, billige und elegante Einbände.

Glückwunsch-Karten und Geschenke zur Konfirmation.

Richard Lots
Merseburg, Burgstrasse.

Haben Sie **offene Beine,**
Krampfaderngeschwüre, Hautentzündungen, dann bringt Ihnen **Anders' "Kalandema"** rasch Erleichterung. Verzielt warm empf. Dose 60 Pf. u. 1 Mk. (stärkste Form) bei **H. Kupper u. W. Kestlich, Droge**

Zum Umzug!
Unfreier- u. Ladierer-Arbeiten
werden zu soliden Preisen in und außer dem Hause ausgeführt
Gesch. Aufträge erbittet **Kallecke**
Straße 31, Eingang: Wilhelmstr.
Achtungsvoll **E. Schimpf.**

Famos!
sind meine gestrickten **Knaben-Anzüge.**
FABR.-S. KRAUTKOPF, STUTTGART.



Ernst Rulffes.
Entenplan 4. — Fernruf 421.

Klapp-Sportwagen
für Kinder.
Nur Neuheiten. Besonders billige Preise.
Hans Käther,
Markt 20.

Skat-Formulare
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rössner,
Merseburg, Delarue 9.

Metall- u. Kautschukstempel!
Pletschäfte, Siegelmarken etc.
Herf. **Heinr. Hessler,**
MERSEBURG, Kirchstr. 7

Emallieschilder in allen Größen.
Mädchen u. Frauen, auch Kindern, mit dünnem, schwachem Haar, zumal wenn Haarausfall, Sudreiz u.

Apf-schuppen
sich einstellen, sei folgend, bewährt und billige Mittel zur Beseitigung des Haarschuppens. **Wobent.** 1 maliges Waschen des Haars mit **Daker's** kombiniert. **Präparat Shampoo** (Baf. 20 Pf.), daneben regelmäss. kräftiges Einreiben d. Haarbodens mit **Daker's** Original-**Präparat Haarschuppen** (Fl. 1.25) und **Daker's** Spezial-**Präparat Haarschuppen** (Dose 60 Pf.). Grobhartige Wirkung, von Tausenden bekümpft. **Echt bei Rich. Kupper, Drogerie.**

Cocosa

Überall erhältlich!

Feinste Pflanzen-Butter

Margarine

Von höchstem Wohlgeschmack, wie Naturbutter!



Allcin. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhd.)

Konfirmanden-Anzüge

neueste Fassons und Muster, blau, schwarz und farbig, 1- und 2reihig.

empfeilt in sehr grosser Auswahl zu billigen Preisen

H. Taitza, Neumarkt 18.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Gewissenhafte Bedienung! Gewissenhafte Bedienung!

Salamander-Stiefel

in grösster Auswahl, va. **Rindleder-Langstiefel** und **Halbstiefel**, **Fülschuh** und **Pantoffeln** für Herren, Damen und Kinder in bekannter Güte zu äusserst billigen Preisen empfiehlt
R. Schmidt, Markt Nr. 12

Alle Inserate

für auswärtige Zeitungen
befördert schnell und ohne Aufschlag
Merseburger Correspondent
Abt. Annoncen-Expedition.

Modes.

Umpress-Hüte

erbitte baldigst
J. Hagen, Entenplan 9.
NB. Junge Damen die das Putzfach erlernen wollen werden daselbst angenommen.

Von Donnerstag den 27. d. M. ab stehen wieder sehr große Transporte
bester hochtragender und fettmeltender
Küheu Kalben
(verschiedener Rassen) dabei
Zugvieh bei uns zum Verkauf.
Gustav Daniel & Co.,
Weissenfels a. S. Telephone 57



Die Hilfe

Wochenchrift für Politik, Literatur und Kunst. Herausgegeben von Dr. St. Haumann

bringt in wertvollen und stets originalen Aufträgen der hervorragenden Politiker und Parlamentarier ein getreues Spiegelbild unserer politischen und sozialen Verhältnisse. Der unterhaltende Teil der „Hilfe“ bringt ausführliche, selbständige Würdigungen aller Vorgänge und Ereignisse aus dem Gebiete der Literatur u. Kunst. Besondere Originalität des Materials. Bestellen Sie bitte unter Hinweis auf diese Unabhängigkeit ein letztes Monatsabonnement vom

Verlag Sorschrift (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Vom 1. März an gewähre ich meinen werthen Abnehmern
Sommer-Preise für Briketts.
Richard Klaus, Merseburg,
Weissenfeler Straße 20-22.
Hierzu 1 Beilage.



Die Wahl Dr. Veders für gültig erklärt.

Der Reichstag beschloß sich am Dienstag mit Wahlprüfungen. Zunächst kam die Wahl des nationalliberalen Abg. S. H. v. ...

Eine sehr ausgedehnte Debatte knüpfte sich an den Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des nationalliberalen Abg. Dr. Veder ...

Die Wahl Dr. Veders für gültig erklärt. Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl Dr. Veders für gültig erklärt ...

nächsten Punkt der Tagesordnung bildete, enthielten sich der Abstimmung. Das Ergebnis wurde beschleunigterweise vom Zentrum und der Rechten mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Wir möchten hierbei noch einmal kurz darauf hinweisen, daß wenn man den Wahlzettel Spremlingen überhaupt außer Betracht läßt, schon die Unregelmäßigkeiten in den anderen Bezirken darin geführt haben, daß Herrn Dr. Veder 44 Stimmen abgaben und Herrn Krell 4 Stimmen zuzählen sind, so daß auf Dr. Veder nur noch 11872 auf Krell jedoch 12116 Stimmen fallen.

Auch die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Haupt, deren Prüfung dann auf der Tagesordnung stand, wurde, entgegen dem Antrag der Wahlprüfungskommission, nicht für gültig erklärt.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 25. Febr.) Das Abgeordnetenhaus legte am Dienstag die zweite Lesung des Handelsvertrags vor. Unterbrecht sich zunächst über die Einführung des Reichssteuerrechts in den Fortbildungsschulen, die von dem Sozialdemokraten Vorwärts stark bekämpft, von dem konservativen Abg. ...

gegen den sozialdemokratischen Bäderverband zu unterstützen, soweit das mit dem Recht vereinbar sei. Dann verurteilte der konservativ Abg. ...

Nationalflugspende.

Der Verwaltungsausschuß der Nationalflugspende hat in seiner letzten Sitzung in Berlin über die Verwendung der Nationalflugspende im Jahre 1913 nimmend eingehende Beschlüsse gefaßt.

Die langwierigen Verhandlungen mit dem Nationalflugspende hat dem Entschenskommen der Deutschen Versicherungsvereinigungen gelungen, in Ergänzung der Leistungen der Reichsfliegervereine eine Veränderung der Flieger gegen Unfall durch deutsche Gesellschaften ...

Das bereits in der Tagesordnung mitgeteilte System der Prämierung von Einbürgerungen wird den alten Fliegern ebenfalls angedacht, die die Versicherungsvereine ...

Die Ausbildung von neuen Piloten soll sich bis zum 1. Oktober lediglich auf solche jungen Leute erstrecken, die bereits im letzten Jahr in die Fliegertruppe eintraten und auf Personen des Berufsstandes vom Gelehrten aufwärts im Alter bis zu 35 Jahren.

Die Nationalflugspende hat an zukünftiger Stelle die Einteilung der Berechnung zum einjährig-freiwilligen Dienst gemäß § 89 Abs. 6 der Verfassung als Flieger und theoretischer Leistungen angesetzt.

Nur Werteverbesser der Vereine ist ein Zuschuß bis zu 150.000 Mark, für eine im Jahre 1914 zu veranlassende Wasserflugspendewettbewerb ...

Die Geschwister.

Roman von S. Courths-Mahler.

(36. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Heinz küßte sich langsam dem Schweiter Magda an. Sie erinnerte ihn so sehr an Gabi. In der Haltung und in der Art, sich zu bewegen, waren die Geschwister so verwandt.

Magda hatte allen Ermahnungen zum Trotz entgegnet und sich danach erküßelt. Da sie Mutterfremde entgegenlag, war ihr Ausblick doppelt bedenklich.

„Was ist geschehen?“ rief sie bestürzt. Heinz gab ihr Auskunft und bat sie, ihm zu folgen. „Doch ich, Frau Oberin?“ fragte sie bittend.

„Ja, Schweiter Magda. Gehen Sie mit Gott, so lange man Sie braucht. Der Herr segne Sie, daß Ihnen diese erste Privatkrankenpflege gutes Gelingen bringe.“

Heinz hatte das den Kranken sehr wohl nachgeschaut. Als er dann Magda gegenüber im Wagen saß, überkam ihn wieder der alte Gedanke, der von ihrem Vater ausgeht.

Magda schreute plötzlich auf und sah mit glänzenden Augen zu der schüchternen Gestalt empor.

„Wilt du da, Magda. Ob, wie gut, wie gut, nun werde ich gewiß gesund.“

„Ja, Inge, ganz sicher. Aber sprechen darfst du nicht und ganz still muß du liegen.“

„Aber du mußt bei mir bleiben.“ „Ich bleibe.“

„Immer, bis ich ganz gesund bin?“ „Solange du mich brauchst.“

„Aber, was ist gut, was ist dein Ziel?“ „Im Dienst, er mußte fort.“

„Dangt er sich ein wenig um mich?“ „Sehr. Aber nun geht ich dir keine Antwort mehr. Du mußt ruhig sein.“

„Nur noch eins, Magda. Sag du mir ehrlich: Wird es meinem Kindchen schaden, daß ich jetzt krank geworden bin?“

„Wenn du ganz artig bist, dann wird alles gut.“ „Ach, ich bin schlecht, Magda. Du hättest nicht tanzen sollen.“

„Das war Unrecht von dir, aber wenn du es einrichtest, ist es so gut. Dann werde ich schlafen.“

„Aber das war nicht leicht. Magda hatte einen schweren Stand mit der angeschwollenen Kranken und das Fieber stieg immer höher.“

„Er entpurrte aus dem Bewußtsein, daß ihr Mann sie nicht liebte.“

„In Magda hatte Ingeborg so festes Vertrauen, daß sie ihr alles beichtete, was ihr Herz beunruhigte.“

„Doch die beiden Mädchen waren nur zur gegenwärtigen Duldung aneinandergefaßt.“

sich wirklich nicht aus Liebe geheiratet, — wer sagt dir, daß er dich dann nicht später liebgewonnen hat.“

„Ich fühle es.“ „Das ist Unsinn. Und selbst, wenn es wäre, so erwidere dir doch keine Liebe, du bist doch keine Frau.“

„Wie soll ich das anstellen?“ „Nurchen, das kann ich dir nicht so genau sagen.“

„Aber, wie du es jetzt machst, ist es falsch.“ „Solche Dummheit hält kein Mann aus.“

„Aber du mußt bei mir bleiben.“ „Ich bleibe.“

„Immer, bis ich ganz gesund bin?“ „Solange du mich brauchst.“

„Aber, was ist gut, was ist dein Ziel?“ „Im Dienst, er mußte fort.“

„Dangt er sich ein wenig um mich?“ „Sehr. Aber nun geht ich dir keine Antwort mehr. Du mußt ruhig sein.“

„Wenn du ganz artig bist, dann wird alles gut.“ „Ach, ich bin schlecht, Magda. Du hättest nicht tanzen sollen.“

„Das war Unrecht von dir, aber wenn du es einrichtest, ist es so gut. Dann werde ich schlafen.“

„Aber das war nicht leicht. Magda hatte einen schweren Stand mit der angeschwollenen Kranken und das Fieber stieg immer höher.“

„Er entpurrte aus dem Bewußtsein, daß ihr Mann sie nicht liebte.“

„In Magda hatte Ingeborg so festes Vertrauen, daß sie ihr alles beichtete, was ihr Herz beunruhigte.“

„Doch die beiden Mädchen waren nur zur gegenwärtigen Duldung aneinandergefaßt.“

(Fortsetzung folgt.)

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Wichtig: Für Abonnenten: Bei Zustellung ins Haus durch andere Messungen
kann ein auf dem Kunde auferlegter Zuschlag durch die Post 120 Mk. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags
— Druck und Vertrieb Originalmaschinen ist nur mit deutscher Druckausgabe gestattet.
— Die Rückgabe unentgeltlicher Entsendungen überlassen wir keine Verantwortlichkeit.

Wesentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Werbung mit zahlr.
Illustrationen 10 Mk., für die 20 Zeilen 20 Mk., einseitige Zusätze
20 Mk., im Restlichen 40 Mk. Bei komplizierterem Satz entsprechendes Aufschlag.
Schrift für Übersetzungen nach Übersetzung. Für Nachstellungen und Übersetzungen
besondere Vereinbarung, nach anderer als Vorgesagter. Erfüllungsort: Merseburg.
— Annahmestunde für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr 49

Donnerstag den 27. Februar 1913.

39. Jahrg.

Gewerbepolitik und fortschrittliche Volkspartei.

Bei der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung bietet sich im preussischen Abgeordnetenhause alljährlich die Gelegenheit, die Fragen der Gewerbe- und Handelspolitik eingehender zu besprechen. Von diesem Recht machen die Konserwativen und das Zentrum ausgiebigen Gebrauch, indem erstere gewohnheitsgemäß ihren Renommierhandwerker, den Abg. Hammer, vorziehen, der seine ausdauernde Tätigkeit in den Warenhaushalten und Sozialistenvereinigungen gemischt mit Ansehen an den Mann bringt; und auch das Zentrum beachtet sich, in den Reihen Euler und Genoffi in die gewerbliche Reaktion zu Worte kommen zu lassen.

Selbstverständlich hat auch die fortschrittliche Volkspartei ein lebhaftes Interesse daran, bei diesem Etat ihre gewerbepolitischen Anschauungen und Reformwünsche zu entwickeln und dem Hause, seine dem Lande erneut zu zeigen, wie falsch und tödlich das konserwativ-bürokratische Gewerbe von der „Handwerkerehrlichkeit“ der Reichstagspartei ist. Weder hielt es in diesem Jahre die Rechte für nötig, noch verhältnismäßig noch kurzer Dürfte das Heften der Redner von fortschrittlicher Seite noch einen Schlussantrag anzunehmen, obwohl außer anderen Rednern von fortschrittlicher Seite noch ein wichtiger Handwerker, der Abg. Wenzel, und außerdem der in den gewerbepolitischen Fragen besonders bewanderte Abg. Dr. Mugdan als Redner vorgemerkt waren. Dieser Vortrag über die Gewerbeverhältnisse war durch die Stellung der Auffassung der Mehrheit, die bei der Geschäftswaltung und dementsprechend Veranschaulichungen nicht lange genug debattieren kann, bei Handel und Gewerbe aber ihre rechtlichen Bedürfnisse im großen und ganzen befriedigt sieht nach den oberflächlichen Ergüssen eines Hammer und ähnlicher Sachverständiger.

Zunächst hat der Abg. Rosenow Gelegenheit gefunden, die Wünsche und Bedenken der fortschrittlichen Volkspartei bei der Beratung zu entwickeln. Seine Rede ist wohl geeignet, ein Bild zu geben von den praktischen und positiven Forderungen, die die fortschrittliche Volkspartei auf dem gewerbepolitischen Gebiete hat.

Hinsichtlich der Frage des Submissionswesens äußerte sich Rosenow dahin, daß seine Fraktion die Beteiligung der Handwerker an Submissionen in kleineren Beträgen verweigern werden sollte, die es dem Handwerker oder auch der zusammengefaßten Handwerker möglichst machen, zu liefern. In der Anregung, die Handelsvertretung zu den Kosten der Ausbildung der Lehrlinge beim Handwerk beitragen zu lassen, sah der Redner einen guten Gedanken, hielt aber eine gesetzliche Festlegung für nicht möglich. Wenn dem Handwerk und dem Klein-gewerbe aber wirklich geholfen werden sollte, dann müßte die Hilfe von innen heraus kommen und dem jungen Mann vor allen Dingen eine tüchtige Fachbildung mit gegeben werden. Die Fortbildungsschule ist das beste Mittel zur Stärkung des Handwerks — freilich nicht in Verbindung mit Religionsunterricht, den hernach der Zentrumsminister Euler und später der Geistliche Dr. Kaufmann verlangen, der Minister aber und auch der Abg. Wenzel entschieden zurückweisen. Rosenow wünschte zur Förderung der Fortbildungsschulen Weiter-für die Wanderausstellungen von Kleinrentnern; die Wirkung der Handelskammern für die Weiterbildung des Bergwerks hielt er für außerordentlich wichtig. Bezüglich der diesjährigen Aufhebung des § 100 der Gewerbeordnung glaubte Rosenow, daß das Handwerk sich damit sehr in die Höhe setzen werde. Denn wenn die Preisfestsetzung erst von den Zünften stattfinden soll, dann würde das Handwerk sich nicht hinstellen, sondern gegenüber der Regierung, die nicht dem Anweisungszwang unterliege, noch viel stärker auftreten.

Was allem, was der Redner der fortschrittlichen Volkspartei betonte, ging sein reger Interesse für die Handwerker und Gewerbebetriebe hervor und das Verhalten seiner Partei, dem Vortrage nicht mit unauffälligen Besprechungen, sondern mit positiver Tätigkeit und mit tüchtiger gewerblicher Ausbildung des Nachwuchses zu helfen. Und dies dürfte der allein richtige Weg sein.

Fortschrittliche Volkspartei und Jesuitengefetz.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Reichstags-abgeordneter Grottel in einem Artikel in der „Völkischen Zeitung“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Zur Frage des Jesuitengefetzes haben die Freisinnigen eine einheitliche Stellung genommen. Ein Teil von ihnen hat nicht nur in dem aufgegebenen § 2 bei Aufhebung des § 2 haben seinerzeit wohl alle Freisinnigen gestimmt, bei dem es ja zweifellos war, ein Ausnahmefestgesetz erblide, sondern auch in den Bestimmungen, welche Niederlassungen und Ordensstätigkeit der Jesuiten verbieten. Eine Minderheit der heutigen Fortschrittlichen Volkspartei steht auch jetzt noch auf diesem Standpunkt. Die überwiegende Mehrheit sagt sich aber, daß das Verhältnis der Kirchen zum Staat individuell geregelt ist, daß die ganze Kirchengesetzgebung außerhalb des allgemeinen Rechts steht und bei der historischen Entwicklung nicht nach in die allgemein rechtlichen Bestimmungen übergeführt werden kann. Von einem Ausnahmefestgesetz könne daher hier füglich nicht gesprochen werden, als die Jesuitenfrage ausnahmsweise von Reichs wegen, nicht einzelstaatlich, geordnet sei. Die verschiedenen Kirchen, ganz besonders aber die katholische, genießen so weitgehende gesetzliche Privilegien, einen so viel weitergehenden Schutz der Gesetzgebung als alle Vereine oder als der einzelne Staatsbürger, daß, solange solche Ausnahmefestbestimmungen zugunsten der Kirchen bestehen, auch eine beschränkende Befugnis des Staates den Kirchen gegenüber geboten ist, die nur gleichzeitig mit den sie begünstigenden Privilegien aufgehoben werden kann. Der besondere Schutz, den die §§ 166 und 167 des Strafgesetzbuches den Kirchen gegen Verleumdungen auch ihrer „Einrichtungen und Gebräuche“ gewährt, ist eines dieser Privilegien, das gerade der katholischen Kirche ganz besonders zugute kommt; denn bei ihr ist schließlich alles Einrichtung und Gebrauch. Auch die

Jesuiten sind eine Institution der katholischen Kirche, und nach Aufhebung des Jesuitengefetzes würde in jeder scharfen Kritik der Jesuiten ein Vergehen gegen diese Paragrafen gefunden werden können, während die Formation und die Bräutigam-fakten der Romanoren von den Jesuiten in jeder Weise beschimpft und verlästert werden können. Das ist kein Kampf mit gleichen Waffen, und deshalb ist die Fortschrittliche Volkspartei auch stets für die Beteiligung, mindestens aber für eine wesentliche Milderung dieser Ausnahmefestgesetz-Paragrafen des Strafgesetzbuches eingetreten. Ein anderes Vorrecht der katholischen Kirche ist die Befreiung der katholischen Geistlichen und Ordensangehörigen vom Dienst mit der Waffe. Während religiöse Gemeinschaften, die sich für gebunden halten, entsprechend dem Gebot der Bibel, „Du sollst nicht töten“ den Dast mit der Waffe verweigern, in jeder Weise drangaliert werden, schiff man nur für die Geistlichen einer Kirche, die dieses Gebot nie als ein zwingendes anerkannt hat, ja, von dem man sagen kann, daß sie in geradezu furchtbarer Weise dagegen gelündigt hat, ein Ausnahmeprivilegium. Solange die Kirche ein Ausnahmerecht zu ihren Gunsten fordert, solange sie verlangt, daß der Staat der Mittel der Kirche sei, kann der Staat auch nicht darauf verzichten, seinerseits sein Verhältnis zur Kirche in sie beschränkender Weise zu regeln.

Ueber die Vorläufe der Aldeutschen in der Nordmarkenfrage

Schreibt man uns aus Schleswig Holstein: Eine eigenartige Einleitung für den dänischen Königsbesuch übernahm die Hamburger Ortsgruppe des Aldeutschen Verbandes, auf deren Nordmarkenabend der Landesgerichtsdirektor Dr. Hahn eine Rede hielt, die an Ausfällen gegen das offizielle Dänemark nicht gut überforten werden konnte. Zu derselben Zeit beschloß der Aldeutsche Verband in einer Resolution, alle Deutschen zur prinzipiellen Ablehnung Dänemarks aufzufordern! Um aber die mit der ganzen Aktion verfolgte Absicht keinen Zweifel zu lassen, veröffentlichten am Tage vor dem Einzuge der Gäste des deutschen Kaisers zwei große Berliner Blätter (spaltenweise) „Völkische“ Artikel. Die bei Hofe gelese „Kreuzzeitung“ erwähnte zwar den Besuch nicht, um so nachdrücklicher tat dies aber die „Post“, die unter den üblichen Verächtlichkeiten des norddeutschen Freisinn ihren mehr als die Vorderseite füllenden Artikel mit der Bemerkung abbrückte, daß er ihr gerade „zur rechten Zeit“ zugegangen sei.

Die Feststellung dieser Missleistungen Aldeutschen Taktik, die gegen das durch sein Oberhaupt repräsentierte Nachbarvolk gerichtet waren, dürften in diesem Augenblick nicht sowohl die Gäste als vielmehr den Gastgeber verlegen; auf Einzelheiten der vermorrenen Schriftreiteren der Firma Strauderjan-Schroder eingegangen, ist der Wäde nicht wert.

Nur eins: Den Artikeln schließt sich ein längeres Telegramm an, das die neueste Ausweisung eines Heimatlosen behandelt. Das ist auffallend; denn noch nie hatte Herr Djanber das Bedürfnis empfunden, der Welt mit solcher Eile von seinen Leistungen in der Heimatlosenpolitik Mitteilung zu machen. Der Grund dürfte wohl der sein, daß man jetzt einen Heimatlosen mit einem „Makel“ gefunden hat; dieser Heimatlose, der Stallknecht Langen in Hadersleben, der sich im Januar verheiratet hatte und jetzt — d. h. nachdem am Tage vorher Ministerialdirektor Wewald in der Kommission hervorgehoben hatte, daß seit einem Jahre keine neuen Heimatlosenfälle hinzugekommen seien! — die Ausweisung erhalten hat, ist wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Verleumdung mit einer Geldbuße von 25 Mk. bestraft worden — vor mehreren Jahren. Gegenüber dieser „gravierenden“ Tatsache und der weiteren Behauptung, daß das politische und persönliche Verhalten Langens die Erteilung der Niederlassungserlaubnis ausgeschlossen habe, sei erwähnt, daß es deutsche Kreise in Hadersleben sind, die sich jetzt ins Mittel legen, um eine Aufhebung der Ausweisung



sozialen Empfinden zeuge, daß die Arbeitgeber im kaufmännischen Gewerbe und in der Industrie haben sollten.